

Das Magazin für den
öffentlichen Dienst

Juli/August 2022

hauptstadt magazin



Fehlstart
in die
Ferien?



dbb
beamtenbund
und tarifunion
berlin



© Friedhelm Windmüller

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

wegweisende Weichenstellungen? Längerfristige Perspektiven? Oder auch einfach nur Gerechtigkeit gegenüber den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im Berliner Landesdienst? – Nicht im Haushaltsgesetz und schon gar nicht im Besoldungsgesetzentwurf. Natürlich ist eine anstehende Besoldungsanpassung alles andere als ein Grund zur Klage, aber ein Gesetz nach Schema F reicht einfach vorn und hinten nicht mehr aus, um die Berliner Landesverwaltung vor dem drohenden personellen Kollaps zu retten. Jedes weitere Verschleppen von Bezahlungsanreizen wird sich bitter rächen.

Nicht weiter verschleppt werden darf auch der Kampf gegen die wachsende Gewaltbereitschaft, der die Angehörigen des öffentlichen Dienstes in immer bestürzenderen Formen und Ausmaßen ausgesetzt sind.

Erfreulicher sind dagegen unsere Beiträge aus dem Berliner Leben Da ist zunächst der wiedergefundene weiße Stier im Humboldthain. Das hauptstadt magazin war am Ausgrabungsort zur Stelle und sprach mit Archäologin Claudia Melisch.

Außerdem haben wir uns im alten Eisenbahnbetriebsgelände Lichtenberg Ost umgesehen, wo die B.L.O. Ateliers, eine Vereinigung der verschiedensten Künstler und Handwerker, beheimatet ist.

Natürlich ist auch der Sommerurlaub Thema dieser Ausgabe, und zwar speziell mit einigen Hinweisen und Tipps für Flugreisende, denen längere Wartezeiten und Verspätungen drohen.

Allen Reisenden und natürlich auch den Daheimgebliebenen wünscht eine schöne Sommerzeit

Ihr

Frank Becker,
Landesvorsitzender dbb berlin

Inhalt

Beamtenpolitik	
Kein großer Wurf	4
Vorläufige Haushaltswirtschaft beendet	5
Meinungsaustausch mit Bündnis 90/Die Grünen	5
Jugend	
Arbeit wird intensiviert	6
Gewalt	
Tut endlich etwas!	6
Personalvertretungen	
Videokonferenzen weiter möglich	7
Justiz	
30 Jahre Verfassungsgerichtshof Berlin	8
Kultur und Stadtgeschichte	
Von Dampfloks zur „Lockkultur“	9
Der weiße Marmorstier ist wieder da	11
Fliegen	
Wenn der Flieger zu spät abhebt	14
Urlaubsstart mit Hindernissen	14
Unterhaltung	
Preisrätsel	15
Zum Schluss	
Birgit Müller verabschiedet	16
Keine Schwimmbadpolizei	16
Zehn Jahre „Queerpolitik“	16

Impressum

Das hauptstadt magazin – hm – ist ein Informationsdienst des dbb beamtenbund und tarifunion berlin für die Beschäftigten im Berliner Landesdienst und der Bundesverwaltung.

Verantwortlich i. S. d. P.: Frank Becker, p. A. dbb berlin, Alt-Moabit 96 a, 10559 Berlin.

Redaktion: Annemarie Wellige. **Telefon:** 030.3279520.

Telefax: 030.32795220. **Internet:** www.dbb.berlin.

E-Mail: post@dbb.berlin. Einzelmitglieder in den Fachgewerkschaften und -verbänden des dbb berlin erhalten das hm kostenlos zugesandt.

Herausgegeben in Zusammenarbeit mit dem DBB Verlag GmbH, Friedrichstraße 165, 10117 Berlin.

Telefon: 030.7261917-0. **Telefax:** 030.7261917-40.

Internet: www.dbbverlag.de. **E-Mail:** post@dbb.berlin.

Anzeigen: DBB Verlag GmbH, Mediacenter, Dechenstr. 15 a, 40878 Ratingen. **Telefon:** 02102.74023-0.

Telefax: 02102.74023-99. **E-Mail:** mediacenter@

dbbverlag.de. **Anzeigenleitung:** Petra Opitz-Hannen,

Telefon: 02102.74023-715. **Anzeigenverkauf:** Andrea

Franzen, **Telefon:** 02102.74023-714. **Anzeigendisposition:**

Britta Urbanski, **Telefon:** 02102.74023-712. Preisliste 19,

gültig ab 1.1.2022. **Herstellung:** L.N. Schaffrath GmbH &

Co. KG DruckMedien, Marktweg 42–50, 47608 Geldern.

Layout: FDS, Geldern. **Fotos:** wie angegeben.

Titelbild: mpix-foto/stock.adobe.com

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung des jeweiligen Autors und nicht immer die Meinung des Herausgebers wieder.

Besoldungsanpassungsgesetz

Kein großer Wurf!

Wer gehofft hatte, dass mit dem Besoldungsanpassungsgesetz 2022 nicht nur das Tarifiergebnis für den Landesdienst übertragen, sondern – über den Tellerrand hinaus – auch endlich die Bezahlung der Berliner Beamtinnen und Beamten auf eine solide verfassungsmäßige Grundlage gestellt wird, sieht sich mit dem von Finanzsenator Daniel Wesener vorgelegten Entwurf bitter enttäuscht. Auch die desolate Position des Landes gegenüber dem in Berlin ansässigen Bund im Wettbewerb um das dringend benötigte Personal wird um keinen Deut verbessert.

dbb Landeschef Frank Becker: „Es ist längst fünf nach Zwölf, was die Personalausstattung im Berliner öffentlichen Dienst angeht, und wieder wurde eine Gelegenheit verpasst, den gefährlichen Trend zumindest zu begrenzen. Bei den Betroffenen, die seit Jahren am Limit arbeiten und um die Funktionsfähigkeit der Verwaltung bangen, dürfte das neuerliche Verschleppen der längst überfälligen Maßnahmen auf keinerlei Verständnis stoßen, auch wenn der amtierende Finanzsenator die Misere nicht verursacht, sondern nur ‚geerbt‘ hat.“

Der dbb berlin erwartet jetzt, dass im weiteren Gesetzgebungsverfahren die vernachlässigten Wettbewerbs- und Verfassungsaspekte berücksichtigt werden. Denn auch die vorgesehene Personalgewinnungs- und Personalbindungsprämie bleibt weit hinter der sehr viel großzügigeren Bundesregelung zurück. Tatsächlich ist das Land Berlin einmal mehr deutlich ins Hintertreffen geraten, und zwar sowohl was die Höhe der Prämie als auch die dafür veranschlagten Haushaltsmittel angeht.

Mängel weist der Gesetzentwurf aber auch bei den Anpassungsregelungen auf. Fehlende Besoldungstabellen im Anhang lassen Transparenz vermissen und erschweren Verständlichkeit und Nachvollziehbarkeit.

Wirtschaftliche Entwicklung nicht berücksichtigt

Nicht weniger problematisch ist die Tatsache, dass die Übertragung der Linearanpassung des Tarifergebnisses erst zum Jahresende auf eine wirtschaftliche

Entwicklung trifft, die die Besoldung von der finanziellen und wirtschaftlichen Entwicklung abhängt. Insofern muss hier der übliche Automatismus durch zusätzliche Kompensationen ergänzt werden.

Begrüßt wird vom dbb, dass die Stellenzulagen nach vielen Jahren erstmals wieder in die Anpassung einbezogen werden und damit ein Schlusspunkt unter ihre kontinuierliche Entwertung gesetzt wurde. Die überfällige Erhöhung der Zulagen, wie sie im Bundesbereich bereits vollzogen wurde, ersetzt das aber nicht. Vermisst wird vom dbb berlin in diesem Zusammenhang auch die Anerkennung der Ruhegehaltsfähigkeit von besonderen Stellenzulagen. In Bayern, Nordrhein-Westfalen und Sachsen ist das seit geraumer Zeit der Fall und beim Bund wird die Ruhegehaltsfähigkeit der sogenannten Polizeizulage geprüft.

Teillösungen gefährden Besoldungsgefüge

Kritisch gesehen werden vom dbb berlin auch die Teillösungen, die für die amtsangemessene Alimentation kinderreicher Familien angeboten werden. Tatsächlich begünstigen diese lediglich Teilgruppen und führen zu verfassungsrechtlich bedenklichen Verwerfungen im Besoldungsgefüge und in manchen Fällen sogar zu deutlichen Bezügeeinbußen infolge von Abschmelzungsregelungen. Letztlich führt nach Überzeugung des dbb berlin an einer einheitlichen generellen Erhöhung der Grundbesoldung gegebenenfalls in Kombination mit dem Familienzuschlag kein Weg vorbei, um den Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts Rechnung zu tragen. ■

Ende der vorläufigen Haushaltswirtschaft

Das Berliner Abgeordnetenhaus hat am 23. Juni 2022 den Doppelhaushalt für die Jahre 2022 und 2023 beschlossen. Nach Veröffentlichung im Gesetz- und Verordnungsblatt am 8. Juli 2022 ist das Gesetz am folgenden Tag in Kraft getreten. Damit ist die Zeit der vorläufigen Haushaltswirtschaft endlich beendet.

Aufatmen können vor allem diejenigen, deren Beförderungen wegen des vorläufigen Haushalts ausgesetzt worden waren.

Enttäuschend ist hingegen, dass wichtige Anliegen des Berliner Landesdienstes im Doppelhaushalt unberücksichtigt geblieben sind:

„Wir kritisieren, dass den Beamtinnen und Beamten der A-Besoldung immer noch keine verfassungsgemäße Besoldung gewährt wird, obwohl in der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts zur Richterbesoldung auch richtungsweisende Hinweise zur A-Besoldung gegeben wurden. Auch vermissen wir eine Entscheidung zur Anpassung der Besoldung an die Bundesbesoldung sowie die überfällige Rücknahme der Weihnachtsgeldkürzung. Das sind ganz entscheidende Komponenten, will man endlich Konkurrenzfähigkeit zum Bund herstellen und einen ‚Ausverkauf‘ des Landesdiensts verhindern“, kritisierte dbb Landeschef Frank Becker das Haushaltsgesetz. ■



© Alisa Raudszus/!990/Die Grünen

Klare Ansage an Fraktions- spitze von Bündnis 90/ Die Grünen

Julia Schneider (stellvertretende Fraktionsvorsitzende), Werner Graf (Fraktionsvorsitzender), Frank Becker (dbb Landesvorsitzender), Torsten Jaehne (stellvertretender Landesvorsitzender dbb berlin) und Silke Gebel (Fraktionsvorsitzende) (von links)

Bei einem ersten Gespräch mit der im vergangenen Jahr neu gewählten Fraktions- spitze der Berliner Grünen hat dbb Landes- chef Frank Becker erneut keinen Zweifel über die Voraussetzungen gelassen, die der dbb berlin mit der vorgesehenen An- hebung der Lebensarbeitszeit der Berliner Beamtinnen und Beamten verknüpft: „Die Besoldung muss zeitgleich an die des Bundes angeglichen und die A-Besoldung (wie bei den Richtern) repariert werden!“, betonte Becker. Weitere Themen des Ge- sprächs am 16. Juni 2022 waren insbe- sondere die ausufernde Gewalt gegen Beschäftigte, die Lehrerverbeamtung und die während der vorläufigen Haus- haltsführung ausgebliebenen Beförde- rungen. ■

Jugendarbeit wird intensiviert!

Der dbb berlin wird seine Jugendarbeit intensivieren. Das haben die Landesleitung, der Vorsitzende der dbb jugend berlin, Denis Börner, und die Vertreterin des dbb berlin in der Hauptjugend- und Auszubildendenvertretung, Sandra Heisig, bei einem Seminar Anfang Juli in Schwerin bekräftigt.



Start in eine intensive Jugendarbeit: Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Seminars Ende Juni mit Seminarleiterin Martina Riedel (vorn, 2. von rechts)

dbb Landeschef Frank Becker: „Wir sind bereit, auch neue Wege zu gehen, um den Nachwuchs im öffentlichen Dienst für unsere Arbeit zu gewinnen.“ Geplant ist deshalb ein „Strategietreffen“ der Landesjugendleitung mit Vertretern der dbbj Bund noch im Spätsommer, bei dem die verschiedenen Möglichkeiten einer Kontaktaufnahme mit den jungen Beschäftigten im öffentlichen Dienst und die von dieser Klientel bevorzugten gewerkschaftlichen Angebote erörtert werden sollen.

Frank Becker, der an dieser Sitzung selbst teilnehmen wird, ist schon jetzt gespannt auf die Ergebnisse: „Die jungen Menschen im öffentlichen Dienst haben offenbar andere Präferenzen entwickelt, als das früher der Fall war. Größere Freizeitveranstaltungen sind wohl weniger gefragt.“

So setzt etwa Sandra Heisig auf den Multiplikatoreffekt kleinerer Stammtische, bei denen umso intensiver von der Notwendigkeit und den Vorteilen der Gewerkschaftsarbeit überzeugt werden kann.

Vorangegangen war Ende Juni bereits ein zweitägiges Seminar für gewählte Mitglieder in den Jugendvertretungen, bei dem Denis Börner und Sandra Heisig über die Grundlagen für eine erfolgreiche Arbeit in den Jugendvertretungen referiert haben. Geleitet worden war die Veranstaltung von den stellvertretenden Landesvorsitzenden Martina Riedel und Thomas Goiny.

Das hauptstadt magazin wird den spannenden Prozess begleiten. ■

Gewalt gegen Beschäftigte des öffentlichen Dienstes

Tut endlich etwas!!!

dbb Landeschef Frank Becker hat Politik und Behördenleitungen aufgefordert, endlich mehr Aktivität bei der Abwehr der Gewalt gegen die Beschäftigten des Landes zu zeigen. Aktueller Anlass für den erneuten Aufruf war ein perfider Brandanschlag auf den Privatwagen einer Kollegin, der das Gefährdungspotenzial für die Beschäftigten in den verschiedensten Bereichen des öffentlichen Dienstes nochmals unter Beweis gestellt hat.

„Es kann nicht sein, dass immer erst etwas passieren muss, bevor die Fürsorgepflicht gegenüber den Beschäftigten zum Zuge kommt“, ließ Becker seiner Verärgerung freien Lauf.

Der Wagen der Berliner LKA-Beamtin war Ende Mai nachts angezündet worden. Nach Angaben des rbb kursierte zu dem Angriff ein Bekennerschreiben auf einer linksradikalen Internetseite.

Becker forderte, die Tat unverzüglich aufzuklären und derartigen Terrorismus noch intensiver als bisher zu verfolgen. Tatsächlich sei die Attacke von Ende Mai nur die Spitze des Eisbergs. Aus allen Verwaltungen – speziell denen mit Publikumsverkehr – erreichen den dbb berlin Klagen über zunehmende und immer aggressivere Gewalt.

Ursachen sind neben einer Verrohung der Gesellschaft insbesondere Unverständnis und Frust über gesetzliche Bestimmungen. Nur sehr wenigen Tätern sei der Unterschied zwischen Legislative und Exekutive bewusst. Mehr Aufklärung über die Spielregeln einer Demokratie und der Gewaltenteilung sei neben konsequenter Ahndung der Gewaltangriffe und vorbeugenden Schutzmaßnahmen für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter dringend geboten. ■



Personalvertretungen

Videokonferenzen sollen dauerhaft möglich bleiben!

Die Berliner Personalräte dürfen auch in Zukunft ihre Sitzungen bei Bedarf als Video- oder Audiokonferenzen durchführen. Das sieht ein entsprechender Gesetzentwurf der Senatsverwaltung für Finanzen vor. Der dbb berlin hat das Vorhaben ausdrücklich begrüßt und auf eine entsprechende technologische Ausstattung aller Personalratsmitglieder gepocht.

Video- und Audiokonferenzen haben in der gegenwärtigen Pandemie die Handlungsfähigkeit vieler Personalräte sichergestellt, heißt es in der dbb Stellungnahme zu dem Gesetzentwurf weiter, die Präsenzsitzung müsse aber der Regelfall bleiben und an der alleinigen Entscheidungsbefugnis des Personalrats über ein ausnahmsweises Ausweichen auf eine digitale Veranstaltung dürfe nicht gerüttelt werden.

Vor allem aber fehlt es an technischer Ausstattung, soll das Gesetz die vorgesehene praktische Wirkung entfalten. So sind beispielsweise in den Berliner Finanzämtern die Beschäftigtenvertretungen gar nicht in der Lage, im Bedarfsfall eine Videokonferenz durchzuführen. Es fehlen Endgeräte und Zubehör wie Kopfhörer, Mikrofone, Headsets sowie die notwendige Software. Auch Telefonkonferenzen scheiden we-

gen zu hoher Teilnehmerzahlen aus, zumindest wenn alle Berechtigten berücksichtigt werden sollen.

Aber auch chronischer Raummangel in den Verwaltungen erweist sich als gravierendes Hindernis. Denn Vertraulichkeit kann in Büros mit Durchgangstüren, Mehrfachbesetzung oder mangelndem Schallschutz ganz sicher nicht gewährleistet werden. Insofern gelte es, die Heimarbeitsplätze der Beschäftigtenvertreter in die technische Aufrüstung mit einzubeziehen.

In seiner Stellungnahme fordert der dbb berlin deshalb, dass alle Berliner Dienststellen verpflichtet werden, sämtliche Beschäftigtenvertretungen der Dienststelle einschließlich Ersatzmitgliedern mit der erforderlichen Hard- und Software auszustatten. ■

30 Jahre Verfassungsgerichtshof Berlin

Seit drei Jahrzehnten wacht der Verfassungsgerichtshof Berlin über die Einhaltung der Berliner Verfassung durch andere Verfassungsorgane, Behörden und Gerichte des Landes Berlin.

Als er am 21. Mai 1992 seine erste Entscheidung traf, hätte er allerdings schon gut vierzig Jahre Recht sprechen sollen. Vorbehalte der Alliierten in der geteilten Stadt verhinderten jedoch bis zum Fortfall des Vier-Mächte-Status und der Herstellung der Deutschen Einheit eine frühere Errichtung des Verfassungsgerichtshofes, die immerhin schon in der Berliner Verfassung von 1950 vorgesehen war.

Erster Präsident des Gerichts war der Professor für Verfassungs- und Verwaltungsrecht an der Freien Universität Berlin, Klaus Finkelburg, ihm folgten Helge Sodan, Margret Diwell, Sabine Schudoma und schließlich die seit 2019 amtierende Ludgera Selting im Amt.

Immer mehr Verfahren

Seit seinen Anfängen im Jahre 1992 hat es der Verfassungsgerichtshof mit einer kontinuierlich wachsenden Zahl neu eingegangener Verfahren zu tun: Von 55 im Anfangsjahr stieg das Aufkommen schon 1993 auf 148 Fälle. 260 waren es 2020 und im Folgejahr mit leicht abnehmender Tendenz 231.

Meistens geht es in den Verfahren um Beschwerden, bei denen eine unmittelbare Verletzung der verfassungsmäßig verbrieften Rechte durch die öffentliche Landesgewalt geltend gemacht werden.

Honecker-Klage

Für Aufsehen in der Öffentlichkeit sorgte erstmals die Entscheidung des Gerichtshofs vom 12. Januar 1993 über die Verfassungsbeschwerde des ehemaligen DDR-Staatsratsvorsitzenden Erich Honecker. Damals entschieden die Richter, dass die Fortdauer des Strafverfahrens und der Untersuchungshaft gegen die Menschenwürde verstößt, wenn der Inhaftierte ausweislich ärztlicher Gutachten den Abschluss des Verfahrens mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit nicht mehr erleben wird – VerGH 55/92 – (abrufbar unter www.openjur.de).

Zuständig ist der Verfassungsgerichtshof auch für Organstreitverfahren, mit denen oberste Landesorgane Meinungsverschiedenheiten über ihre gegenseitigen verfassungsmäßigen Rechte und Pflichten klären lassen können. So stärkte der Verfassungsgerichtshof beispielsweise mit Beschlüssen vom 17. März 2021 die demokratischen Rechte kleinerer



Parteien. Coronabedingt wurde eine Absenkung der Unterschriftsquoren für die Zulassung zu den Berliner Wahlen vom 26. September 2021 verlangt – VerFGH 4/21 und VerFGH 20, 20 A/21 – (abrufbar unter www.gesetze.berlin.de).

Organstreitverfahren gegen Behrendt und Müller

Aufsehen erregten auch die Organstreitverfahren gegen den damaligen Justizsenator Dirk Behrendt – Urteil vom 4. Juli 2018 – VerFGH 79/17 – und den früheren Regierenden Bürgermeister Michael Müller – Urteil vom 20. Februar 2019 – VerFGH 80/18 – bei denen es um die Grenzen verfassungsrechtlich zulässiger öffentlicher Äußerungen führender Politiker vor dem Hintergrund einer möglichen Neutralitätspflicht ging. Nicht weniger brisant auch das abstrakte Normenkontrollverfahren, bei dem das Berliner Haushaltsgesetz 2002/2003 für verfassungswidrig und nichtig erklärt wurde. Die Richter konnten damals weder eine Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts noch eine extreme Haushaltslage erkennen, die eine Aufhebung des Kreditbegrenzungsverbots rechtfertigen würde (VerFGH 125/02). Schließlich war die Teilprivatisierung der Berliner Wasserbetriebe gleich von einer ganzen Reihe von Verfahren vor dem Verfassungsgerichtshof begleitet. Hier erwiesen sich allerdings die Vorschriften über Beteiligungen, Unternehmensverträge und die Tarifgestaltung größtenteils als verfassungskonform (insbesondere Urteil vom 21. Oktober 1999 – VerFG).

Bahnbetriebswerk Lichtenberg Ost (B.L.O.)

Von Dampfloks zur „Lockkultur“!

Seit 2004 ist das frühere Bahnbetriebswerk Lichtenberg Ost Heimat von über hundert freischaffenden Künstlern und Handwerkern, die den alten Gemäuern ein neues buntes und kreatives Leben eingehaucht haben.

Maler, Bildhauer, Textilgestalter, Schmiede, Feuerkünstler und viele andere mehr haben hier ihre Ateliers, die sich einmal im Jahr zum Tag der offenen Tür für die Bevölkerung öffnen. Am 11. Juni war es nach zweijähriger Corona-Pause wieder so weit und mehr als 2.000 Besucherinnen und Besucher nutzten die Gelegenheit, mit den Künstlern und Handwerkern in Tuchfühlung zu treten und ihre überwiegend außergewöhnlichen Werke und Aktionen zu bestaunen. So etwa waren Holzfahräder zu bewundern, ebenso eine mobile Dunkelkammer, Bogen- und Bumerangbau oder ausgefallenes Textildesign. Geboten wurde außerdem viel Musik, Tanz, Performance und Artistik.



© Annemarie Welligs (3)



Tradition wird gewahrt

Aber auch der Geschichte des Geländes tragen die im gemeinnützigen Trägerverein der B.L.O.-Ateliers „Lockkunst“ zusammengeschlossenen Künstler und Handwerker Rechnung. Bei einer Führung durch das 12.000 Quadratmeter umfassende Areal ließen Christiane Wiegand und Bernd Vogel auch anhand von Bildmaterial die alten Dampflokszeiten wieder auferstehen, von denen nach wie vor ein riesiger Lokschuppen, die Werkskantine, die Metallwerkstatt, eine Drehscheibe oder auch das Öllager beredtes Zeugnis ablegen. Kein Wunder, wenn es auch ehemalige Eisenbahner immer wieder hier hinzieht. „Wo man sich wohlfühlt

Kunstobjekt
auf dem ehemaligen
Bahnbetriebsgelände



Christiane Wiegand und Bernd Vogel erläutern die Trockenwiese.

sen. Um die Trockenwiese herum entfalten Hochbeete mit allen möglichen Nutzpflanzen eine wahre grüne Pracht.

Bemerkenswert auch, auf welch behutsame Weise die ursprüngliche Nutzung der Gebäude umgewidmet worden ist: „In die Metallwerkstatt etwa sind Kunstschmiede eingezogen und die ehemalige Werkskantine erfüllt heute als Begegnungszentrum und Veranstaltungsort zumindest teilweise einen vergleichbaren Zweck“, führt Bernd Vogel aus.

Kulturelle Oasen erhalten!

Damit Kunst, Kultur und Handwerk in den B.L.O.-Ateliers auch künftig weiterhin blühen können, bedarf es allerdings einer Verlängerung des schon 2024 auslaufenden Mietvertrages mit der Deutschen Bahn. „Möglichst

hat, dahin kommt man gern zurück“, so ein ehemaliger Lokführer, der hier Jahrzehnte lang seinen Dienst auf einem der Dampfzüge angetreten hat, bei dem Rundgang.

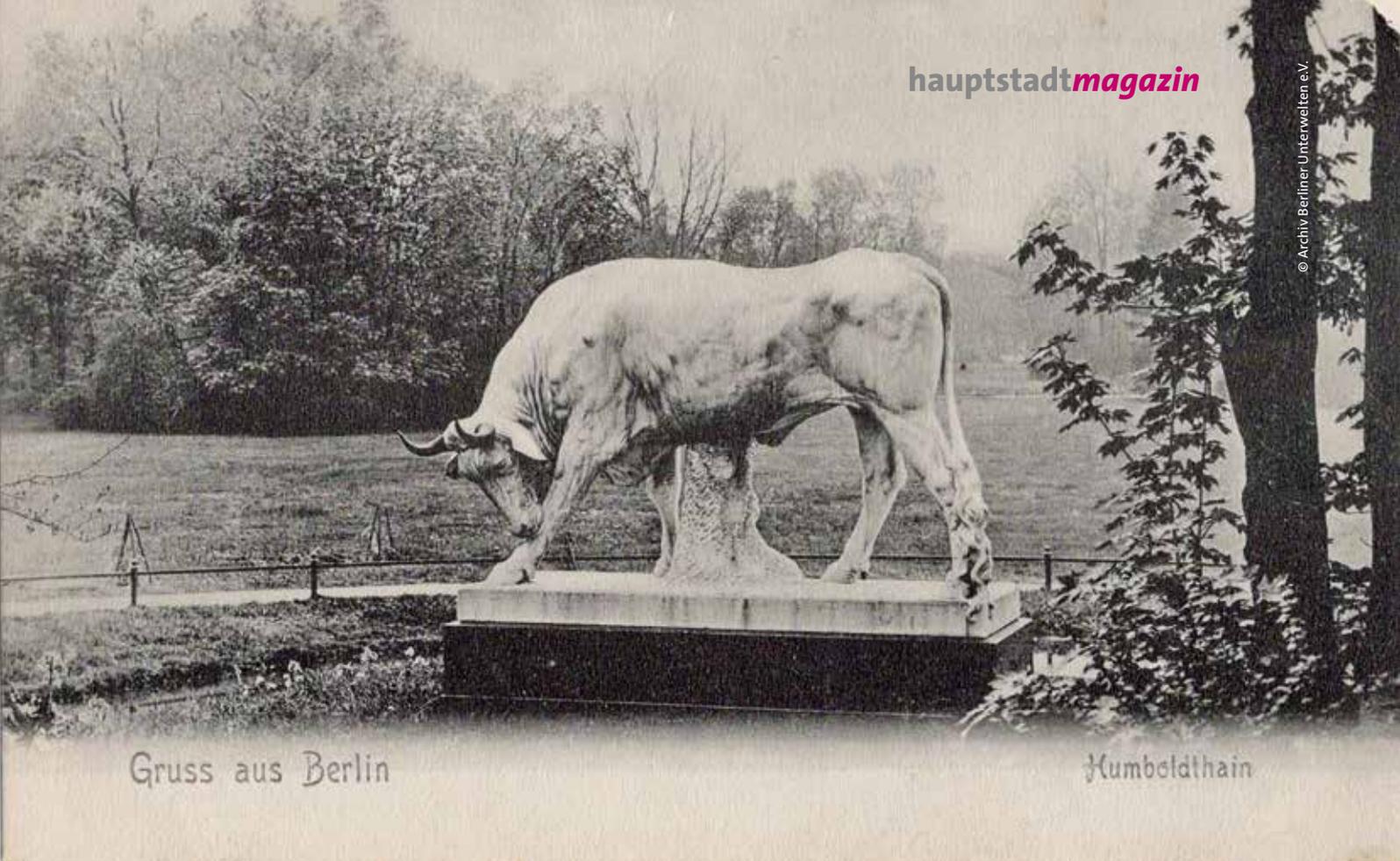
Die Leidenschaft, die die Eisenbahner einst mitgebracht haben, ist im B.L.O. erhalten geblieben und auch der kollektive Geist, versichert Christiane Wiegand bei der Führung und verweist dabei unter anderem auf die Wiederbelebung der einst verölkerten Außenanlagen in ökologisch wertvolle Grünflächen durch den Verein.

Umweltpreis für die Trockenwiese

Für eine mit viel Mühe angelegte und sieben Jahre von Baumablegern freigeschnittene Trockenwiese, auf der sich neben einer Vielzahl von Insektenarten wie die seltene Holzbiene auch Zauneidechsen, Fische, Fledermäuse und Waschbären tummeln, wurde sogar ein Umweltpreis gewonnen. Die künftige Ausweisung als Naturschutzgebiet ist nicht ausgeschlos-

langfristig auf mindestens 25 Jahre“, präzisiert Christian Goiny MdB (CDU), der als kulturpolitischer Sprecher seiner Fraktion auch besonderen Wert auf den Erhalt kultureller Freiräume legt, die erforderliche Fristverlängerung. Nur unter einem solchen Zeithorizont könnten notwendige Sanierungs- und Ausbaumaßnahmen stattfinden. „Die kulturellen Oasen, die im Brachland entstanden und von der Verdichtung der Bebauung zunehmend bedroht sind, verdienen es, unbedingt erhalten zu bleiben. Ihr Anteil an der Anziehungskraft Berlins, speziell auf junge Menschen, sollte nicht unterschätzt werden,“ so Goiny weiter, der wie auch die im Bezirk Lichtenberg direkt gewählte Bundestagsabgeordnete Gesine Lötzsch (Die Linke) selbst im Vorstand des Fördervereins Freundeskreis B.L.O.-Ateliers das Projekt unterstützt.

Und dieser Feststellung des kulturpolitischen Sprechers und dbb Mitglieds kann sich das hauptstadt magazin nach seinem Besuch der B.L.O.-Ateliers nur anschließen. ■



Der weiße Marmorstier ist wieder da **Troja im Humboldthain**

Die beliebte Skulptur, wie sie vor dem Zweiten Weltkrieg im Park stand.

Im April dieses Jahres sorgte ein Sensationsfund im Humboldthain für Schlagzeilen: Die seit dem Zweiten Weltkrieg verschollene, fast vier Tonnen schwere marmorner Stierskulptur, einer der Hauptanziehungspunkte des Parks in den ersten Jahrzehnten des 20. Jahrhunderts, war wieder aufgetaucht. Nicht etwa durch Zufall, sondern als Ergebnis einer Idee, umfangreicher Recherchen, sorgfältigster Bodenuntersuchungen und vorsichtiger Grabungen. Für das hauptstadt magazin Grund genug, sich bei einer der Hauptakteurinnen, Archäologin Claudia Melisch, über die näheren Umstände des sensationellen Fundes zu informieren.

Tatsächlich galt der weiße Stier, den der Bildhauer Ernst Moritz Geyer 1901 nach dem antiken Vorbild des Stieres vom attischen Kerameikos aus einem riesigen Marmorblock gehauen hatte, jahrzehntlang als im Krieg zerstört. Diese Annahme galt als umso wahrscheinlicher, als der Humboldthain mit dem Flakturm III militärisch eine sehr bedeutende Rolle gespielt hatte und bis in die letzten Kriegstage hart umkämpft gewesen war.

Beliebte Skulptur

Ganz in Vergessenheit geraten war das Kunstwerk aus Südtiroler Marmor aber nicht, sonst hätte der Vorsitzende des Vereins Berliner Unterwelten, Dietmar Arnold, womöglich nicht den Bericht des Weddinger brunnens-magazins über das Monu-

ment zum Anlass genommen, nach der in Vorkriegszeiten überaus beliebten Skulptur fahnden zu lassen. Beliebt war der fast drei Meter lange kraftvolle Stier auch deshalb, wie Claudia Melisch ausführt, weil er anders als sein antikes Vorbild nicht kampfbereit, sondern entspannt sein linkes Vorderbein leckend dargestellt ist.



Der ausgegrabene Stiertorso

Anfängliche Skepsis

„Am Anfang bin ich relativ skeptisch gewesen, was den Erfolg der ‚Stiersuche‘ angeht“, schildert Claudia Melisch dem hauptstadt magazin den Hergang des Geschehens und verweist dabei auf ein Bild des großflächigen Parks, der 1948 vollkommen neu angelegt wurde. Bei den weiteren Recherchen stieß man dann allerdings auf Fotos, welche die durch eine große Detonation von ihrem Sockel gestürzte Figur zeigen, was die Hoffnung aufkeimen ließ, dass der lebensgroße Stier womöglich vorsorglich gegen Kriegszerstörung eingebuddelt worden war. Erkennbar gewesen wäre das zu dem Zeitpunkt nicht mehr, weil der Park bei seiner Neuanlage mit Kriegstrümmern insgesamt höher gelegt wurde.

Großflächiges Zielgebiet

Es galt, zunächst anhand alter und neuer Parkpläne den ursprünglichen Aufstellungsort zu rekonstruieren. Mit viel Mühe gelang es, ein Zielgebiet von 60 mal 50 Metern einzugrenzen, das dann Bahn für Bahn mit geophysikalischen Messgeräten abgelaufen wurde. Insgesamt sechs mögliche Fundorte wurden dabei in etwa einem halben Meter Tiefe verifiziert. Mit einem Bohrer gezogene Bodenproben sollten Gewissheit geben, ob womöglich ein Sensationsfund gelingen konnte.

„Natürlich musste zuvor das Einverständnis des Grünflächenamtes, des Landesdenkmalamtes und des Bezirks eingeholt werden“, verweist Claudia Melisch auf die rechtlichen Voraussetzungen für ein solches Unterfangen. Besondere Vorsicht war zudem wegen der im Erdreich möglicherweise noch vorhandenen Weltkriegsmunition geboten. Im Klartext heißt das, jedes Metallteil musste vorsichtig auf Sicht von Hand freigelegt werden.



© Mario Möller (3)

Überwältigender Erfolg

Am Ende aber wurde die ganze Mühe mehr als belohnt. Schon die zweite Probeschachtung war von Erfolg gekrönt und was die anschließenden Freilegungen zutage förderten, überstieg alle Erwartungen: Nicht nur Torso und Kopf der Plastik wurden gefunden, sondern auch die Grundplatte, auf der der Stier einst stand und die noch seine Hufer erkennen lässt.

Claudia Melisch geht davon aus, dass noch fehlende Teile, wie Beine und Hörner, unter dem Torso, der immer noch abgesichert an seiner Fundstelle im Humboldthain liegt, zum Vorschein kommen werden.

Über den Verbleib der Skulptur ist noch nicht entschieden. Der Verein Berliner Unterwelten plädiert dafür, den Stier nach seiner Restaurierung wieder am alten Standort aufzustellen und ist sich der Zustimmung der Weddinger Bürger sicher. Dazu hat der Verein eine vorübergehende Aufnahme des Kunstwerks ins Archäologische Fenster Himmelfahrtskirche direkt gegenüber dem Bahnhof Gesundbrunnen angeboten.

Verdienst der „Berliner Unterwelten“

Entscheiden muss letztlich der Bezirk, wo auch immer der wieder aufgefundene Stier sich in Zukunft präsentieren wird.

Großer Dank gebührt bereits jetzt dem Verein Berliner Unterwelten e. V., der im Juni 25 Jahre alt wird und uns allen dieses „trojanische Moment“ ermöglichte und unserer Stadt damit ganz sicher ein neues Highlight geschenkt hat. ■

Auch die gewaltige Grundplatte mit den Hufen wurde aufgefunden.

HUK Coburg informiert

Wenn der Flieger zu spät abhebt

Gerade in diesem Jahr müssen Urlauber mit einem „Fehlstart“ in die Ferien rechnen, weil viele Flugzeuge verspätet abheben. Die HUK-COBURG informiert, mit welchen Ausgleichs- und Unterstützungsleistungen betroffene Passagiere rechnen können.

Nach der EU-Fluggastrechteverordnung, die für Verspätungen greift, für die die Airline verantwortlich ist, werden Ausgleichszahlungen zwischen 250 bis 600 Euro fällig, wenn das Flugzeug mit mehr als dreistündiger Verspätung den Zielflughafen erreicht.

Wie hoch die Entschädigung ausfällt, hängt allein von der Länge der Flugstrecke ab. Der Ticketpreis spielt keine Rolle. Das gilt für alle Flüge, die in der EU starten. Bei ankommenden Flügen ist es zusätzlich erforderlich, dass die Airline ihren Firmensitz in der EU haben muss.

Ausgleichszahlungen entfallen, wenn außergewöhnliche Umstände, wie extreme Wetterlagen oder Streiks, den Start unmöglich gemacht haben.

In diesen Fällen ist die Airline lediglich verpflichtet, ihre Passagiere mit Mahlzeiten, Getränken und kostenlosen Telefonaten zu unterstützen. Notfalls muss auch eine kostenlose Hotelunterbringung angeboten werden.

Zur Durchsetzung ihrer Rechte müssen die betroffenen Passagiere die aufgetretenen Mängel möglichst detailliert dokumentieren mit Datum, Uhrzeiten und dem von der Airline benannten Verspätungsgrund. Im Internet steht ein EU-Beschwerdeformular für Fluggastrechte zur Verfügung: http://europa.eu/youreurope/citizens/travel/passenger-rights/air/index_de.htm

Pauschalreisende können zusätzlich zu ihren Ansprüchen an die Airline gegebenenfalls auch vom Reiseveranstalter eine Entschädigung für entgangene Urlaubsfreuden verlangen, die aber oft nur mithilfe eines Anwalts durchgesetzt werden kann. Die HUK-COBURG empfiehlt deshalb den Abschluss einer Rechtsschutzversicherung. ■

BER

Start in den Urlaub mit Hindernissen

Die Vereinigung Cockpit (VC), seit Juni Mitglied im dbb, befürchtet lange Wartezeiten am BER beim Start in die Ferien. Reisende müssten viel Geduld mitbringen.

Momentan gebe es einfach zu wenig Personal an den Flughäfen, um den Ansturm der Reisenden reibungslos zu bewältigen. „In der Pandemie wurden die Arbeitnehmer nur noch als Kostenfaktor betrachtet, den es zu reduzieren gilt“, kritisierte das Cockpit-Vorstandsmitglied Matthias Baier im „inforadio“. Arbeitsplätze seien abgebaut und Personal entlassen worden. Dieses Personal würde jetzt ganz akut fehlen.

Cockpit befürchtet, dass die Personalengpässe noch das ganze Jahr über zu Verzögerungen im Flugverkehr führen werden, auch wenn die Bundesregierung jetzt fachkundiges Flughafenpersonal aus dem Ausland anwerben will.

Unter dem Dach des dbb

Am 13. Juni 2022 hat der dbb Bundeshauptvorstand bei seiner Sitzung in Kiel die Aufnahme der Vereinigung Cockpit (VC) in den gewerkschaftlichen Dachverband beschlossen.

Die Vereinigung Cockpit ist der Berufsverband des Cockpitpersonals in Deutschland. Sie vertritt die berufs- und tarifpolitischen Interessen von derzeit rund 9.600 Mitgliedern bei sämtlichen deutschen Airlines und sieht darüber hinaus ihre Aufgabe in der Erhöhung der Flugsicherheit in Deutschland.

„Wir freuen uns, dass wir mit dem dbb einen starken Partner gefunden haben“, hatte VC-Präsident Stefan Herth, den Beschluss begrüßt. Beim dbb Berlin wird Herth beim Parlamentarischen Fröhschoppen Ende August erwartet. ■

mittel-amerikanischer Indianer	himmelblaue Farbe	Stadt im US-Bundesstaat New York	ein Elternteil (Koseform)	<h2 style="text-align: center;">Unsere Gewinner</h2> <p style="text-align: center;">Erste Lektionen im Streetdance in der Flying Steps Akademie haben gewonnen:</p> <p style="text-align: center;">Magdalena Fleischer, 12105 Berlin Bernd Kubiessa, 12203 Berlin</p> <p style="text-align: center;">Das Lösungswort war „Absender“.</p>								Pfeifentabak	Weizenart, Zweikorn	Pferdegangart		
unanständiger Witz			Hunnenkönig Attila (dt. Name)									männliche Anrede				Kopfbedeckung
Lernereinheit (engl.)		4										Nebenfluss der Wolga				
			frühere Münze in Island									Erlöser aus einer Gefahr	nie zuvor	formbare Masse zum Spielen	persönliches Fürwort	Karpfenfisch
kroatische Adriainsel	Haremswächter	Abschiedsgruß (ugs.)				Fremdwortteil: neu (griech.)		7	Mediziner							
deutsche Skiläuferin (Martina)			9	Tierkreiszeichen	unhandlich (Möbel, Gepäck)			8		Tiefland in Mittelasien	Hauptwort (lateinisch)					
			Bedeutung, Geltung			Vater Davids im A. T. (Jesse)	innerhalb (ugs.)		altägyptischer Sonnengott		2					
Teil des Beines	Kommunikationsform im Internet				Korsett					Mutter des Zeus	Europ. Weltraumorganisation (Abk.)					
			Landkartenwerk				1	Fragewort	islam. Frauengemäcker							
41. Präsident der USA (George)	blütenlose Wasserpflanze				5	stürzende Schneemasse				germanische Gottheit						
getrocknetes Gras			natürliche Erdabtragung					6	ghanaischer Diplomat (Kofi)		3					



Fünf kleine Alleskönner ...

werden dieses Mal unter den Ratefüchsen verlost, die unser Monatsrätsel knacken. Gemeint sind fünf der allgemein beliebten und vielseitig verwendbaren Schweizer Messer. Wer einen der multifunktionalen und handlichen Helfer gern in seiner Hand- oder Hosentasche wüsste, sollte das richtige Lösungswort bis 10. August schicken an:

dbb berlin
post@dbb.berlin
Fax: 030 327952-20

Die von „SwissLife“ gesponsorten Gewinne werden unter den richtigen Einsendungen ausgelost. Der Rechtsweg ist ausgeschlossen.

PREISRÄTSEL



DJG: Birgit Müller verabschiedet!

Nach über einem Jahrzehnt engagierter Tätigkeit für die schwerbehinderten Kolleginnen und Kollegen in der Berliner Justiz ist deren Gesamtvertrauensperson, Birgit Müller, in den Ruhestand getreten.

So ganz geht die engagierte Verfechterin der Interessen speziell jener Menschen, die im Laufe ihres Berufslebens mit gesundheitlichen Problemen belastet sind, aber nicht. Von der DJG Berlin, die ihrer verdienten Gesamtvertrauensperson für langjährige, unermüdliche Tätigkeit dankte, verlautet vielmehr, dass Birgit Müller ihre Gewerkschaft möglicherweise ehrenamtlich weiter unterstützen und in Behindertenfragen beraten wird.

„Ihr großes Fachwissen bliebe den Kolleginnen und Kollegen auf diese Weise erhalten“, so der Berliner DJG-Chef Marcel Rose.

Birgit Müller
bei ihrer
Verabschiedung



Zehn Jahre „Queerpolitik“

Seit einem Jahrzehnt engagiert sich der dbb berlin auch auf dem Gebiet der „Queerpolitik“. Seitdem ist er auf dem sogenannten Motzstraßenfest nicht mehr wegzudenken und präsentiert an einem Infostand in der „Politikwelt“ immer wieder wichtiges Aufklärungsmaterial. Auch beim diesjährigen Lesbisch-schwulen Straßenfest am 16./17. Juli 2022 unter dem Motto „Gleiche Rechte für Ungleiche – weltweit!“ dürfen sich die Besucherinnen und Besucher wieder auf die interessanten Flyer der dbbler freuen.

Keine Schwimm- badpolizei!

Der dbb berlin kritisiert Pläne von Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD), künftig die Polizei in Schwimmbädern für Sicherheit sorgen zu lassen. Nach Ausschreitungen und einer Massenschlägerei in einem Berliner Freibad, hatte sie in der „Bild“ entsprechende Überlegungen angestellt.

Dazu dbb Landeschef Frank Becker: „Ich bin da ganz eng an der Seite der DPoIG Berlin. Die Schwimmbäder müssen für ihre Gäste eigene Sicherheitsdienste beauftragen. Unsere Polizistinnen und Polizisten sind mit ihren eigentlichen Aufgaben schon jetzt überlastet.“